

Volkswacht

für Schlesien

Wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfrnt“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Gierstraße 4/6, durch die Filialen der „Volkswacht“, Neue Granpenstraße 5 und Friedrichstraße 105, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. Preis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägergebühren monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn - 2,10 Rml. Durch die Post einz. Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die wertfätige Bevölferung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gierstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurüdgefandt, wenn Rückporto beiliegt

Mehr Schutz den Bergarbeitern

Sozialdemokratischer Antrag im Preussischen Landtag auf Erweiterung der Schutzvorschriften

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der mehr Schutz für die Bergarbeiter und die Erweiterung der Grubenfächerheit fordert. Danach soll die Grubenfächerheit nach folgenden Grundfätzen weiter ausgebaut werden:

Bergpolizeivorschrift

1. Für den gesamten Bergbau Preußens ist eine einheitliche Bergpolizeivorschrift getrennt nach Bergbauarten zu erlassen.
2. Einführung der Grubenkontrollen in allen Bergbauarten und Bergbauarten (Erz, Kali, Braunkohle). Die Grubenkontrollen erhalten das Recht, über die Grubengefahren, sowie über die Erfahrungen bei der Unfallbekämpfung auch mit ihren Organisationen in Verbindung zu treten.
3. Bei den Bergrevierämtern ist ein Fahrbuch einzuführen, das der Bergrevierbeamte und seine sämtlichen Mitarbeiter fortlaufend ihre Wahrnehmungen bei den Grubenbesichtigungen und etwaige Vorkommnisse einzutragen haben. In dieses Fahrbuch ist auch einzutragen, was der Bergrevierbeamte Grund der angegebenen Beauftragungen veranlaßt hat. Dieses Fahrbuch ist jeden Monat dem zuständigen Oberbergamt zur Prüfung vorzulegen.
4. Um das Vertrauen zwischen Bergarbeiter und Bergrevierbeamten noch mehr zu vertiefen, ist bei den Oberbergämtern noch eine zweite Vertrauensperson aus den Reihen der Tarifgewerkschaften mit bergpolizeilichen Befugnissen einzunordnen, die durch die Grubenbesichtigungen die mitgeteilten Mängel sofort untersuchen. Diese Person unterzieht dem Bergrevieramt.

Rechte der Grubenfächerheitskommission

5. Die bei den Oberbergämtern eingesetzten Grubenfächerheitskommissionen haben das Recht:
 - a) Zeugen über Grubenunfälle unter Eid zu vernahmen wie dies vom Parlament eingesetzten Untersuchungsausschüsse.
 - b) Einsicht in die Akten der Bergrevierämter und Oberbergämter zu nehmen;
 - c) bei größeren Grubenunfällen selbständige Grubenbesichtigungen vorzunehmen.

Abbau

6. Der Kohlenabbau mit Blindörter ist nur in den allergrößten Notfällen und nur vorübergehend zu gestatten. Die Grubenabstöße darf in Flözen bei einer Mächtigkeit bis

zu einem Meter 120 Meter nicht übersteigen. Bei solchen Abbaustößen muß ein Fluchtweg vorhanden sein, der nicht über 70 Meter vom Ort entfernt sein darf.

Vorgeschriebene und unter dauernder Ueberwachung stehende besondere Fluchtwege in allen Abbauteilungen. Die Belegschaften der Abbauteilungen sind jährlich mindestens mehrmals über Art und Zweck der Fluchtwege zu unterrichten. Diese Fluchtwege müssen Verbindung zum Saft haben.

In den Abbauteilungen sind besondere Rettungskammern einzurichten. Untertagebau sind nur in den alleräußersten Notfällen und nur wo große Störungen und Ueberstrebungen eine andere Abbauart schlecht ermöglichen, zuzulassen.

Bewetterung

7. Im Interesse der Gesundheit der Bergarbeiter sind die Strecken mit genügend großem Querschnitt aufzufahren und instandzuhalten. Die Wettergeschwindigkeit darf erfahrungsgemäß ein normales Maß nicht überschreiten, soweit dadurch nicht die Befeuchtung der Grubengas über 1 Prozent CH₄ gefährdet wird.

Ein weitgehender Schutz den Wetterkontrollen vor Benachteiligung und Kündigung. Tägliche Wetterkontrolle in Strecken, sowie in stillgelegten und abgemauerten Betrieben, die durch entsprechende Dämme nicht genügend gesichert sind.

Schlagwetterkontrolle auch vor solchen Betriebspunkten, vor denen in 3 oder 4 Schichten gearbeitet wird.

Gesteinsstaubverfahren

8. Das Gesteinsstaubverfahren im Steinkohlenbergbau ist auch auf Gruben mit schwer entzündlichem Kohlenstaub auszubauen. Durch entsprechende Vorkehrungen ist bei übereinander liegenden Strecken ein Durchschlag von einem Betriebspunkt zum anderen zu verhindern. Vorgehens-Verfahren sind für sich mit Gesteinsstaubvorschriften abzuriegeln.

Förderung

9. Beseitigung der Benzollokomotiven aus den unterirdischen Betrieben. Verbot der elektrischen Fahrdrathlokomotiven auf Schlagwettergruben in Strecken mit gefährlichem oder durch Abbau in Bewegung gekommenem Gebirge. Ihre Zulassung darf nur erfolgen im Einzelfall mit erfahrungsgemäß gutem Gebirge und guter und dichter Ausmauerung.

Die augenblickliche Zulassung von Diesellokomotiven darf nicht weiter ausgedehnt werden.

Massensturm gegen das Filmverbot

Tiefste Massenprotestversammlungen in Berlin

Das Berliner Reichsbanner veranstaltete am Samstagabend in den größten Sälen der Reichshauptstadt mehrere Protestkundgebungen gegen das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“. Die Veranstaltungen zeigten, daß das Verbot einen Massensturm hervorgerufen hat. Sämtliche Versammlungen waren eine halbe Stunde, teilweise nur eine Stunde vor Beginn der Kundgebungen besetzt und wurden polizeilich gelassen werden. In mehreren Stellen wurden Parallelsammlungen abgehalten. Redner des Zentrums, Staatspartei, der Radikal-Demokratischen Partei und der Sozialdemokratie sprachen zu den in der Kundgebung erschienenen Republikanern. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ protestiert wird, und in der es weiter heißt:

„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold stellt sich an die Spitze des Kampfes gegen den faschistischen Terror, für den Geist der Grundrechte der Weimarer Verfassung. Dieser Kampf gegen nationalsozialistische Provokationen darf jedoch nicht durch Demonstrationen verzerrt werden. Wir verwahren uns aufs entschiedenste dagegen, daß die staatsbegehenden Organisationen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit dem Zentrumspöbel auf eine Stufe gestellt wird.“

Die Reichsbanner der Bezirksverbände der SPD, des Zentrums und Brandenburg-Grenzmark, der Arbeiter- und Kulturfartell und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold einen gemeinsamen Aufruf an die faschistischen Ungeheuer mit der Aufforderung, die Faschisten, Gewerkschaftscollegen und Arbeiterpartei, die Reichsbanner einzutreten und zur Abwehr zu rufen.

leute von 30 Kommunisten tätlich angegriffen. 2 Reichsbannerleute erlitten Verletzungen. 17 Personen wurden zwangsgewaltig in einer anderen Gegend der Stadt wurde, vermußlich von Nationalsozialisten, die Schaufenster der eise eines Restaurants eingeworfen, in dem sich Reichsbannerleute aufhielten. Auch sonst kam es zu kleineren Zwischenfällen.

In der Veranstaltung des Reichsbanners in der „Neuen Welt“ wurde ein Nationalsozialist von 17 Jahren, der die Dreißigkeit besaß, als Diskussionsredner den republikanischen Kriegsteilnehmern große Belehungen zu erteilen, aus dem Saale hinauskomplimentiert. Er erlitt mehrere kleine Verletzungen. Ein anderer Teilnehmer der Versammlung, der nach diesem ersten Zwischenfall versuchte, schleunigt den Saal zu verlassen, geriet in den Verdacht, Nationalsozialist zu sein und erhielt eine Tracht Prügel. Die Behauptungen der Reichspresse, daß er einen Schußbruch davongetragen habe, ist frei erfunden. Der 17jährige Diskussionsredner und der andere Versammlungsteilnehmer befinden sich nicht im Krankenhaus, sondern sind nach Anlegung von Verbänden in ihre Wohnungen entlassen worden.

Poincaré schwer erkrankt

Paris, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

In dem Besinden des ehemaligen Ministerspräsidenten Poincaré, der nach dem Rücktritt Lardies aus Gesundheitsrücksichten den Auftrag zur Neubildung der Regierung abgelehnt hatte, ist eine bedeutende Verschlimmerung eingetreten. Am Sonnabend wurde er von einem leichten Uebelsein befallen, das ihn zu strengster Bettruhe zwang. Wie wir erfahren, hat Poincaré eine rechtsseitige Lähmung erlitten. Mehrere Spezialärzte sind an sein Krankenlager gerufen worden, doch zeigt man vorerst noch, ihre Diagnose dem Publikum bekanntzugeben.

Poincaré im Sterben

Paris, 16. Dezember. (Eigener Funterbericht.)

Der Gesundheitszustand Poincarés hat sich in den letzten Stunden so verschlimmert, daß man kürzlich das Ableben dieses in Frankreich außerordentlich geschätzten Politikers erwartete. Die Pariser Nachrichten-Agenturen und großen Zeitungen haben in der Nähe der Wohnung Poincarés einen künftigen Ueberwachungsdiens eingerichtet, durch den sie ihre Abonnenten am Beter über

Wohnungsbau und Wohnungsrecht

Von Richard Lipinski

Drosselung des Wohnungsbaues zu Gunsten der Feuerlichen Entlastung des Mittelstandes, Beschränkung des Wohnungsbaues auf Kleinwohnungen, Bürgschaftsdarlehen hierfür, Verlängerung des Mieterrechtes nur bis 1936, wenn bis dahin ein soziales Mietrecht geschaffen ist, Aufstellung von Grundfätzen für die Gemeinnützigkeit des Wohnungsbaues, das enthält der vierte und siebente Teil der Notverordnung vom 1. Dezember d. J. Hierzu Stellung zu nehmen ist die Aufgabe nachstehender Zeilen.

Der den Hausbesitzern auch nach der Aufwertung verbleibende Inflationsgewinn sollte zum Nutzen der Allgemeinheit weggesteuert werden. Eine Aufwertungssteuer hat aber volkswirtschaftlich nur einen Sinn, wenn durch sie wieder neue Nationalwerte geschaffen werden. Es wäre selbstverständlich gewesen, sie wieder ausschließlich zum Wohnungsbau zu verwenden, um die ungeheure Wohnungsnot zu beseitigen. In diesem Sinne hat der Wohnungsausschuß des Reichstages und der Reichstag selbst am 17. Dezember 1929 entschieden. In Ziffer 18 der Richtlinien für den Wohnungsbau heißt es: „Es ist anzustreben, das volle Aufkommen aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau zu verwenden.“ Statt dessen wurden bereits 1924 durch Notverordnung neunzig vom Hundert des Aufkommens aus der Hauszinssteuer den Ländern und Gemeinden zur Deckung von Verwaltungsausgaben, also zu unproduktiven Zwecken, überlassen. Erst nach der Zwangsmitsteigerung von 1926/27 wurde etwa die Hälfte des Aufkommens 800 Millionen Mark für den Wohnungsbau frei und es konnten bis Ende 1929 über zwei Millionen Wohnungen durch Hauszinssteuerhypotheken verbilligt hergestellt werden.

Hier greift nun die neue Notverordnung ein. Sie will die Herstellung großer Wohnungen dem freien Bauparkt überlassen und will die Bezeichnung aus Hauszinssteuermitteln und sonstigen Darlehen auf Kleinwohnungen beschränken. Das bedeutet also, daß die ungeheure, vom Reichstag selbst in den obigen Richtlinien festgestellte Wohnungsnot, nicht durch Hauszinssteuern abgedeckt werden soll. Der geplante Kleinwohnungsbau würde nicht einmal den Jahreszuwachsbedarf aus neuen Eheschließungen decken, geschweige Ersatz für überfüllte oder abbruchreife Wohnungen, Umsiedlungen von Industriearbeitern und Ansiedlung von Landarbeitern schaffen. Es ist zuzugeben, daß die bisherige Verwendung der Hauszinssteuer für Wohnungen bis zu 120 Quadratmeter Wohnfläche dazu geführt hat, daß eigentlich nur für wohlhabende Mittelschichten, Beamte und sozial gehobene Schichten Wohnungen gebaut worden sind, daß aber Arbeiter die hohen Mieten nicht tragen konnten und deshalb entweder die Wohnungen nicht beziehen konnten oder sie mit anderen Familien oder Untermietern teilen mußten; d. h. das Wohnungselend nicht beseitigt, sondern verplant wurde. Es ist also zu begrüßen, daß Kleinwohnungen gebaut werden sollen; deren Mieten dem Einkommen der Arbeiter angepaßt sind. Eine Forderung, die die Sozialdemokratie seit Jahren vertreten hat. Nur scheint das in den Richtlinien des Arbeitsministeriums vorgesehene Flächenmaß der Kleinwohnungen vom Juli d. J. von 32 bis 60 Quadratmeter Wohnfläche für große Arbeiterfamilien nicht ausreichend zu sein und so würde der Kleinwohnungsbau kulturhemmend wirken.

Durch Ausschaltung der großen Wohnungen aus der Bezeichnung hofft die Reichsregierung mit weniger Mittel aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau auszukommen. Die Notverordnung schreibt nun vor, daß in den Ländern mit geringem Wohnbedarf 1/5 des Wohnungsbauteils, in Ländern mit großem Wohnungsneubedarf 1/3 des Anteils für den Wohnungsbau verwendet werden soll, der Rest aber zu Verwaltungskosten und zur Schuldendeckung verwendet werden kann. Das bedeutet, daß statt 800 Millionen Mark künftig nur 400 bis 540 Millionen Mark pro Jahr für den Wohnungsbau verbleiben. Von dieser Summe soll aber noch ein Reichsausgleichsstock abgezweigt werden, den bisher das Arbeitsministerium gewünscht hat, aber auf harten Widerspruch beim Wohnungsausschuß des Reichstages gestoßen ist.

Gegen diese Verwässerung und Einschränkung der Mittel für den Wohnungsbau muß härtester Widerspruch erhoben werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die Gemeinden durch die Wohlfahrtsausgaben bei der großen Zahl der ausgeheerten Arbeitslosen außerordentlich belastet sind und viel leiden. Aber ob ihnen durch diese Finanzregelung dauernd geholfen werden kann, ist doch mehr wie zweifelhaft. Die härteste Entlastung würde die Arbeitsbeschaffung, und damit die Verminderung der Arbeitslosigkeit sein. Die Mittel es besser geben als durch Belaubung des Wohnungsbaues. Damit würde den arbeitslosen Bauarbeitern und den Wohnungslosen geholfen.

Neuermittel für die einzelne Neubauswohnung die Miete gesenkt werden und dennoch Kapital für den übrigen Wirtschaftsbereich frei gemacht werden. Das Ziel muß bleiben, alle Hauszinssteuerermittel für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in dieser Richtung nachhaken. Sie kann aber den Gemeinden keine Steuerermittel entziehen, ohne zugleich für Ersatz zu sorgen. Das Ziel muß also eine andere Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sein.

Die Aufwertungssteuer hat ihren Charakter als Inflationssteuer längst geändert. Durch die Steigerung der Mieten bis 120 v. H. der Friedensmieten und die Begründung dieser Erhöhung als Aufwandsausgleich für höhere Hypothekenzinsen, ist sie längst zu einer Miet- und Wohnungssteuer geworden und es besteht die Gefahr, daß sie als solche dauernd bleibt. Dadurch gewinnt diese Steuer einen sozialen Charakter. Sie belastet ungemein den kleinen Hausbesitzer, nimmt ihm die Mittel für Reparaturen weg und fördert so den Verfall der Altmwohnungen, steigert also die Wohnungsnot. Hier greift ein sozialdemokratischer Antrag ein. Er fordert Befreiung der Kleinhausbesitzer von der Steuer, wenn sein Haus nicht mehr als 5000 Mark Friedenswert besitzt. Die Arbeitslosen, Sozialrentner und Kriegsbeschädigten sollen reichsrechtlich geordnet ebenfalls von der Zahlung der Hauszinssteuer befreit werden.

Durch Einbringen des Gesetzesentwurfes für ein Wohnheimstättengesetz, das der ständige Beirat für Heimstättenwesen beim Arbeitsministerium zwar ausgearbeitet hatte, das aber bei den Ältern liegen blieb, durch die Reichstagsfraktion, bekennt die Sozialdemokratie erneut ihr großes Interesse für die Beseitigung der Wohnungsnot.

Es ist zu begrüßen, daß trotz des Widerstandes bürgerlicher Parteien, die Geltungsdauer der Mieterschutzgesetze bis zum 1. April 1936 hinausgeschoben worden ist und der Reichstagsrat die Einschränkung eingehalten hat, wenn bis dahin ein soziales Mietrecht geschaffen ist. Damit wird die von der Sozialdemokratie seit Jahren gestellte Forderung nach Schaffung eines sozialen Mietrechts stark unterstützt. Neben redaktioneller Änderung des Mieterschutzes sind auch zwei neue Bestimmungen — Freigabe von Wohnungen im eigenen Hause, und die Ausschaltung von Portierwohnungen aus dem Mieterschutz — getroffen worden, die dringend der Nachprüfung bedürfen. Zu begrüßen ist das seit Jahren geforderte Gesetz über die Gemeinnützigkeit des Wohnungsbaues. Das Ziel ist die Ausschaltung von Spekulanten bei Verwendung von öffentlichen Mitteln durch Umföhrung der Gemeinnützigkeit.

Unter den gemachten Vorbehalten kann festgestellt werden, daß der siebente Teil zur Beruhigung und Sicherung der Mieter beiträgt.

Münchener Kammerspiele zu leiden. Gegen die Besten der Vorkriegszeit vor Reich erlassen müssen.

Innerhalb kurzer Zeit wurden dem Theater 3 Aufführungen von Spielplan gestrichen: Brudners „Berber“, „Cyanall“ und zuletzt Döhlins „Ghe“, womit jedesmal ein sinnloses aber empfindsame geschäftliche Schicksal verbunden ist, da diese Stücke jedesmal schon einige Wochen wachsendem Erfolg über die Bühne gegangen waren. Dabei sind die Münchener Polizei nicht einmal auf den Verstoß gegen die Ordnungsparagrafen, berufen, da Publikumstheater überhaupt nicht vorgekommen waren. Der Wille Tyrann über Kunst und Literatur begnügt sich indessen seine Verbote mit dem Hinweis zu begründen, daß in literaturerzeugnissen kommunistische Propaganda enthalten ist. Gleichzeitig mit diesem Verbot jenseits der Rheinlinie von Nürnberg und Erlangen Darstellungen in der Handlung es sich um gleichzeitigen Unterhaltungsstücke, um den sich ein Mensch mit einigem Geschick kümmert. Den Demonstranten kam es aber offenbar an, der Öffentlichkeit ihre Macht zu zeigen und es wurde wohl der Nazipöbel mit seinen Stinkbomben und weißen Kreuzen in Nürnberg und die Haltenkreuzkinder in Erlangen kräftiger Unterstützung des Universitätsrektors, daß die Theater wieder klein beigeben.

Wiederzusammentritt des Preussischen Landtags

Berlin, 15. Dezember. (Eigener Bericht) Der Preussische Landtag trat am 15. Dezember zusammen.

Präsident Bartels gedenkt zunächst der inzwischenerstorbenen Abg. Adolph Hoffmann (Soz.) und Dr. (Ftr.) in einem längeren Nachruf, den das Haus stehend Adolph Hoffmann habe als schlagfertiger und Redner oft zur Belebung der Parlamentarischen Diskussionen und sei als einer der ersten Vertreter der Sozialdemokratie in das Preussenparlament eingetreten. — Der verlorene Dr. Vorhage habe im ganzen 46 Jahre dem Parlament angehört und auch als Vizepräsident an der Spitze des Landtages gestanden.

Für den verstorbenen Abg. Adolph Hoffmann ist Abg. Dr. Käthe Frankenthal (Soz.) in den Landtag getreten. Die Abg. Frau von Tilling (Dnat.) und Sch. Staben (Dnat.) haben ihr Mandat niedergelegt, da sie Reichstag gewählt sind.

Das Haus erledigt zunächst eine Reihe kleinerer Beschlüsse und beginnt dann mit der Beratung über den Staatsvertrag der Berliner Volksbühne. Danach soll die Volksbühne die Aufgabe ihres Rechtes auf Vorstellungen in der zu schließlichen Krolloper eine geldliche Bindung und die Sicherung von Vorstellungen in der Staatsoper unter den Linden erhalten.

Abg. Schulz-Neudöhl (Komm.) erklärt, daß der Vertrag gleich die Schließung der Krolloper verlangt und damit preussischen Staat die Maske nimmt, als treibe er soziale Politik. Gerade die Krolloper sei immer als vorbildliches nehmen gepriesen worden. Die Mitglieder der Volksbühne gegen den Vertrag.

Die Abg. Koch-Berlin (Dnat.) und Buchhorn (Dnt) antworten die Vorlage ohne Debatte an den Hauptauschuss überweisen. — Das Haus beschließt dementsprechend.

Es folgt die Beratung eines Antrages, nach dem die Verhandlungen für die Schulgesundheitsreform nach eingeholtem laudatis der Schulbehörden einberufen werden dürfen. Der Ausschuss hatte dem Antrag zugestimmt, während Unterrichtsminister jetzt keine Ablehnung empfiehlt.

Abg. Dr. Ansländer (Komm.) wendet sich gegen die Annahme des Antrages des Hauptauschusses. Der Antrag mit dem Vorschlag des Unterrichtsministeriums abgelehnt, der den deutschen nationalen Antrag, daß Schulspargelder bei den Volksschulen anzulegen sind. Abgelehnt wird auch ein kommunistischer Antrag, in den Schulen körperliche Züchtigungstrafen in jeder Form zu unterlassen.

Hierauf folgt die Beratung der Berichte über die Prüfer der Haushaltsrechnungen für 1924, 1925 und 1926. Weiterberatung Dienstag.

Der neueste Nazimord aufgeklärt

Die beiden Nazimörder festgesetzt, der eine verhaftet und geständig, der andere flüchtig

Köln, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht) Als Mörder des Jungkommunisten, der am späten Abend des 6. Dezember in Köln durch einen Schuß getötet wurde, ist der 17-jährige Nationalsozialist Hans Hoffmann in Köln festgesetzt worden. Mithäter ist der 23-jährige Nationalsozialist Lambert Siebert. Während Siebert in der vergangenen Nacht festgenommen werden konnte und ein umfangreiches Geständnis abgelegt hat, ist Hoffmann noch flüchtig.

Die Aufklärung dieser völlig unmotivierten Mordtat eines verheirateten Jugendlichen ist umso mehr zu begrüßen, als von den nationalsozialistischen Helfern und Helfershelfern bewußt verbreitet wurde, der Täter sei in den Reihen der Kommunisten oder gar des Reichsbanners zu suchen. Der Weisheit Beschränkung ist heute jeder die Polizei im Kampf gegen die Nazis an, die einen Nationalsozialisten der Tat zu verdächtigen mag. Dabei stand von vornherein fest, daß die Täter in einem der nationalsozialistischen Verzehrstolale Unterhaltungsclubs gefunden hatten.

Nazimordübung bei Apolda

Apolda, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht)

Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ in Apolda weiß zu melden, daß kürzlich Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei militärisch organisierte Aufmärsche und eine Nachtübung veranstaltet haben. In der betreffenden Nacht heißt es: „Was war z. B. in der Nacht vom Sonntag, dem 30. November auf dem Sperlingsberg los? Dort führten zwei Heerhaufen der Nazipartei — Jena-Weimar gegen Apolda-Sulza — einen regelrechten Bewegungskrieg zur Nachtzeit durch. Der Sperlingsberg wurde gestürmt. Die Gruppe Apolda war Sieger. Es war allerlei Hallo in der Gegend. Nachts 2 Uhr marschierten Nazigruppen nicht eben geräuschlos durch Kapellendorf. Was war das? Ist dabei etwa auch gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages verstoßen worden?“

Die Nazis haben den Tropenkoller

Die großen Heiden vertriehen sich feige hinter den § 51 des Strafgesetzbuches

Darmstadt, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht) Der nationalsozialistische Schlägermeister Amendt wurde in der Verurteilungsverhandlung wegen Waffenbesitzes, gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Von der ersten Instanz war Amendt wegen der gleichen Vergehen zu elf Monaten Gefängnis verurteilt worden.

In der Verurteilungsverhandlung schäme Amendt Tropenkoller vor, um so einen Freispruch auf Grund des § 51 des Strafgesetzbuches zu erzielen. Damit verjähre der Angeklagte ein Verbrechen anzunehmen, dessen Täter der Führer der Nazis im Darmstädter Stadtrat, namens Abt, bereits bedürft hat und das auf Grund des § 51 zu seinem Freispruch führt. In der ersten nach der Verurteilung des Amendt abgehaltenen Nazi-Verammlung wurde dieser mit Blumen geradezu überhäuft und als Held des Dritten Reiches gefeiert. Dabei war seine Tat ebenso gemein wie feige. Als es im November in Darmstadt nach einer Nazi-Verammlung zu Zusammenstößen zwischen R.-Verleuten und Polizei kam, ließ Amendt einen Beamten hinter sich von hinten mit einer dem geschätzten Schläger in den Hals. Der Schlag führte knapp an der Halsschlagader vorbei und führte zu einer vier Zentimeter tiefen Wunde, die von einem Polizeiarzt als bedrohende Verletzung gekennzeichnet wurde.

wären Tumulten, als dem kommunistischen Diskussionsklub der Raum entzogen wurde. Biergläser und Stühle ließen fliegen durch den Saal. Es gab mehrere Verletzte. Schließlich wurden die Kommunisten aus dem Saal gedrängt. Sie sammelten sich aber auf der Straße wieder und bewarfen die Polizisten, die die Ansammlung auseinanderreiben wollten, mit Pfaffensteinen. Die Kommunisten hatten bei der Schlägerei im Saal drei und bei dem Aufrufen gegen die Polizei einen Verletzten aufzuweisen. Es gelang den Polizeibeamten schließlich, die Kommunisten in die Seitenstraßen abzudrängen.

In Hofwinkel bei Elberfeld gab der Kommunist Doll im Verlauf einer Auseinandersetzung auf den Nationalsozialistischen Mitglied vier Revolverkugeln ab, wodurch dieser schwer verletzt wurde.

Der tägliche Versammlungsterror

zwischen den politischen Rowdies

Köln, 15. Dezember. (Eig. Drahtbericht) In einer nationalsozialistischen Versammlung in Huls bei Krefeld kam es am Montag ebenfalls zu einem heftigen Streit.

Bayerische Kulturkämpfe

Die wichtigsten modernen Dramen in München verboten. —

München, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht) In Bayern sind die kulturpolitischen Forderungen im letzten Vormonat begriffen. Das die Polizeiverbote auf den Spielplänen der Theater und Kinos abgesehen, zwingen die Demonstrationen der Haltenkreuzler mit Stinkbomben, lauten Sirenen und weißen Kreuzen nieder. Am brutalsten sind die Verbote des Münchener Polizeipräsidenten, der ein vollkommen gesüßiges Verbot der Bayerischen Volkspartei und der dahinterstehenden kirchlichen Säkularfraktion ist. Unter seiner Aufsichtspflicht haben vor allem die

Einwanderungsverbot in Brasilien

Newyork, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht)

Die brasilianische Regierung hat angeordnet, die ausländischen Schiffe ab 1. Januar 1931 in die dritte Klasse nicht mehr landen dürfen. Bis zum gleichen Zeitpunkt ab ist es den brasilianischen Konsuln in allen Ländern der Welt unter Weiterhin Bissen für Einwanderer zu erteilen. Mit der Wirkung vom 1. Januar hat die Regierung verfügt, daß alle ausländischen Firmen in Brasilien innerhalb 90 Tagen ihre Arbeitsstellen mit geborenen Brasilianern besetzen haben.

Die hölzernen Kreuze

von Roland Dorgelès

Berechtigter Heberhebung von „Les Croix de bois“ durch Louis Kellen und Gerhard Witzel Copyright by Roman-Berlag U.S. Franz-Verlag

43

Die beiden Hellsichtige werden hier zusammengebracht und auf die zweite Stellung zurückgenommen, und Sie bleiben mit Ihrer Gruppe und mit R.G. Benda hier... Es hat nicht viel zu sagen, aber der Oberst hat Verlangen zu tun: was noch, daß Sie hier sind... Und dann ist es kein Wunder, daß Sie hier sind, weil Sie ja wissen... Schöner, Ihre Worte ist noch lange nicht fertig, Sie brauchen keine Angst zu haben... Es ist keine Gefahr, gar keine Gefahr... Es ist einfach eine Verurteilung.

Er fragte sie zu stehen, die Frau, was ihm nie passierte. Er sah sie alle nach einem der Reize nach ein und wieder gehen in die Augen zu sehen. Keiner sprach ein Wort, nur Geräusche gemacht.

„Der Herrchen was doch aber erst noch das Essen haben gehen.“

„Das laßt ich auch herbringen.“

Die anderen Männer; sie waren ein wenig bleich, das war alles. Wer es war? Nein, Dorgelès, der man jetzt an der Seite.

„Nein, jetzt ist's aus mit mir“, sagte Dorgelès einfach.

„Ich bin Sie hier verurteilt“, hat ihm der Oberst laut gesagt. „Aber das ist nicht auf den Schenkel! Sie sind ein Held, er sollte werden die Augen, ich würde am liebsten mit euch kämpfen. Hier ist es ja klar, der Oberst hat es nicht gesehen.“

Seine Ausrufung war nicht, und unter jedem Knopf wurden ihm die Augen feucht. Dorgelès sah er war alles für sich und ging mit geschlossenen Augen und geschlossenen Lippen weiter.

„Eben das ist es, daß Sie hier“, er sprach, als hätte er Angst, der Oberst hat es nicht gesehen. Er sprach mit geschlossenen Augen, und die Augen waren feucht.

„Gott! Das Schlimmste der Welt ist an den Engländern, Gellert und Schindler wurde töter, ein paar Steine rollten, jenes Schimmereisen... Wir waren alle. Die R.G. Benda jetzt hat er die Gruppe. Drei Mann von der Gruppe fliegen in den Rücken Kellen, und wir gingen in unsere Kaserne zurück.“

„Jetzt kommen wir alle hier und zu warten“, sagte Dorgelès mit möglichst gleichgültigen Gesicht.

„Warum — warum? Wir haben auf dem Raube unserer Gegenstände und haben alle die Erde zu unserer Füßen an, so wie ein Lebensmutter dem Strömen des dunklen Meeres zugeht, bevor es hinunterfällt. Es ist ein wenig, daß die Hand jetzt härter war, so hat sie unsere klapprigen Herzen. Wir konnten nicht stehen, immer wieder tauchen wir hin und her.“

„Gottlieb hätte ich in einer Ecke verstecken, hätte die Decke über den Kopf gezogen, um nichts mehr zu hören, nichts mehr zu sehen. Dorgelès begann mit langsamer Stimme:

„Schließlich hat es noch lange nicht jeder, daß wir in die Luft fliegen. Es gibt eine Wunde zu geben, ist nicht so einfach.“

„Dorgelès hier im Gefech.“

„Man denkt, das ist ganz schön, und vielleicht denkt es noch ein Tag.“

„Jetzt werden alle zusammengebracht; sie legen sich an, um sich nicht zu bewegen, um hier einen ein wenig Hoffnung zu haben. Das kommt ihnen nicht so leicht, jeder hat eine gewisse Hoffnung, und als sie hier kommen, wenn sie kommen, dann ist es ihnen, als sei das Klappen ihrer Herzen. Dorgelès entschloß sich, mit seinen Degen, legten wir uns hin.“

„Wenn wir zusammengebracht sind, wird vielleicht in die Luft gehen“, sagte Dorgelès und zog sich zurück, die Hände an den Hüften.

„Wo würde die Erde aufhören? Wenn ich die Augen schließe, würde ich die gesamten Körper aus den Klappen heraus mit mir zu ziehen, diese Klappen, mit Degen, Eisenmesser und mit halb gebrochenen, menschlichen Körpern gefüllten Trümmern.“

„Wir legen sie, der Kopf auf unseren Knien, und wir sind nicht als die nichtlebendigen Taten, das unser Gesicht verbergt; es kann so unheimlich mit dem Tode einer Uhr.“

„Das ist nicht, das ist ein Kampf“, sprach Dorgelès. „In diesem ist kein ein wenig Hoffnung, sondern es ist ein wenig Hoffnung.“

„Rein, nur zweieinhalb: wir müssen am Mittwoch abgelöst werden.“

Brendal schrieb ganz verfunten einen Brief, als Scherz benützte er sein Knie.

„Du willst wohl deine Ode etwas in Schwung bringen, spottete Lemoine. Erzählst du ihr, daß wir hier hocken werden?“

In dieser Nacht fielen die Granaten nicht so leicht auf die Schimmer der Leuchtturgen auf dem Meer auf und erlösch wieder. Die Nacht war beinahe dieses dumpfe Klappen der Hade... Es wiegte uns schlaf.

Am Mittwochabend zog ich auf Posten. Es war kalt im Der Wind wehte eifrig Schauer vom Walde her, und fröhliche unter seiner Decke.

„Hörst du?“

„Ja, es pocht immer noch.“

Wir sahen gar nicht mehr nach vorn hinaus. Wir sahen nur die Nacht und den Dunkel im Dunkel hinter uns.

„Silber brach das Schweigen jetzt; mit halber Stimme und in dem leicht lächelnden Ton, der mich ängerte und mich liebte, sagte er:

„Es war zu schön... Es ist wahr, es war zu schön, waren sorglos, wir hatten unser tägliches Vergnügen. Tages Kopf es an die Tür: Poch! Poch! Das haben wir nicht — Aber ich kann Sie ja gar nicht — Um so schön ist man und dann! Man drückt die eine Hand und die andere in die Hand, und man grüßt, brauer Schwachkopf, und brauer Schwachkopf, und freiere, brauer Schwachkopf.“

„Warum hast du dich denn auch gemeldet?“ fragte Dorgelès, „weil du dich gar nicht ausgemeldet hast?“

„Das ist die Sache, Dorgelès, die Sache ist: aus dem R.G. Benda zusammengebracht und dann in ihren R.G. Benda lag mit hinterübergekauften Kopf auf dem Kopf und schlief.“

Breslauer Nachrichten

Donnerstag, den 18. Dezember 1930, 20 Uhr

im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses:
**Außerordentl. wichtige Sitzung des
weiteren Parteivorstandes
und der
Stadtverordnetenfraktion.**

Kosten des Theater-Feuerwachdienstes

Rechtsgericht - Entscheidung: Die Theater müssen zahlen
Das Reichsgericht hat jetzt seine Entscheidung in dem Streit zwischen der Stadtgemeinde Breslau und dem Victoria-Theater um die Kosten des Feuerwachdienstes gefällt. Ausgangspunkt dieses Prozesses war die Breslauer Polizeiverordnung aus dem Jahre 1909, die Theaterunternehmer zu Maßnahmen des vorbeugenden Feuerwachdienstes verpflichtet sind, daß bei jeder Vorstellung und Generalprobe eine Feuerwache anwesend sein muß, die von der Polizeibehörde unterstellt ist und in der Regel der Ortspolizei untersteht, die auch in Breslau die Wachen der Vergütung hierfür war bis Ende Dezember 1926 von der Theaterleitung laufend gezahlt worden, die Weiterzahlung aber unterblieben. Daraufhin hatte die Stadt später die Vergütungsbeträge in Höhe von rund 6500 Mark an den Theaterunternehmer zu zahlen. Der Unternehmer hat die Ungültigkeit des Rechtsanspruches geltend gemacht, daß der Feuerwachdienst in den Theatern in den öffentlichen Pflichtbereich der Theater fällt und daß sie für ihre Tätigkeit daher nur die üblichen Gebühren verlangen könne, die aber vor den Zivilgerichten nicht eingeklagt werden könnten. Diese Entscheidung haben aber die gegenteilige Auffassung des Reichsgerichts nicht erschüttern können.

Die Nazi Abonnenten werben

Es sind recht eigenartige Methoden
Schon seit einigen Wochen unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine Nazi-Lageszeitung. Trotz der Tätigkeit einiger jüdischer Mitarbeiter und Redakteure will dieses Papier keine rechte Zeitung werden. Infolgedessen sind die Bestellungen auf diese acht Seiten täglichen Blätter nicht allzu zahlreich. Und so geht man denn so recht nach primitiveren Methoden der Werberwerbungen über. So sind bereits von verschiedenen Seiten her berichtet, daß man in die Häuser geht, vor den Türen die „Volkswacht“ und dafür die Nazi-Zeitung hinlegt. Man ist von der Verbreitung dieses Stuntblattes so überzeugt, daß man glaubt, bald eine Umstellung der Zeitung erfolgen wird. Wir sind diesen Burlesken versichern, daß sie zunächst einmal die Abrechnung der Zeitungsläden erwidern lassen, da wir solches Geschäftsbetrieb nicht anders zu behandeln pflegen.

Es geht vorwärts mit der Preissenkung

Mit der Herabsetzung der Lohnsätze fängt es an
Im Rahmen der allgemeinen Preissenkung hat der Gewerkschaftsrat in Breslau eine fünfprozentige Herabsetzung der Lohnsätze für das Schornsteinfegergewerbe in der Weise beschlossen, daß die Bezirkschornsteinfeger vom 1. Januar 1931 an auf weiteres von der Summe der nach Ziffer 1 und 2 der Tarifbestimmungen nur 95 v. H. erheben dürfen.

Die Diphtherie in Breslau

Noch kein Rückgang der Erkrankungen
Nach den Aufzeichnungen des städtischen Statistischen Amtes sind die Beobachtungen in den städtischen Krankenhäusern in Breslau noch kein entscheidender Rückgang in der Zahl der Diphtherie-Erkrankungen zu verzeichnen. Erfreulicherweise treten die anfänglich häufiger beobachteten schweren Fälle mit Komplikationen nur noch vereinzelt auf. Es besteht die Gefahr für die Bevölkerung zurzeit kein Anlaß zu besonderer Feuersorge. Es ist aber nach wie vor notwendig, daß die Kinder sorgfältiger als sonst üblich beobachtet werden und daß auch bei harmlos erscheinenden Unpäßlichkeiten ärztliche Untersuchung und Überwachung einsetzt.

25 Liter Korn ergaunert

Immer wieder der alte Trick
Bei einer Destillation kütete dieser Tage ein Mann an, als der Gastwirt Langer aus Rathendorf ausging und hat, 25 Liter Kornbrandwein in den „Sieh-dich-für“ zu schenken, den Langer erwarnt wolle. Da der Name des Gastwirts bei der Destillation nicht unbekannt war, begab man keine Besorgnisse mit einem Boten den Korn, und am „Sieh-dich-für“ auch ein Mann, der erzählte, vom Gastwirt Langer zu sein, die Sendung in Empfang zu nehmen, da er nach auf dem Gericht zu tun habe. Zu spät erst stellte sich heraus, daß alles Schwindel war.

Kein Signal gegeben

Die Ursache zu einem schweren Unfall
Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonntag vormittag in der Straße, als der Radfahrer Hampel aus der Straße mit seinem Rade vom linken auf den rechten Fahrbahn fuhr, ohne ein Signal zu geben. Ein hinter ihm fahrendes Personauto, das nach ausweichen suchte, fuhr gegen den Radfahrer, konnte aber nicht verhindern, daß der Radfahrer unter den Räder wurde. Der Radfahrer und auch der Insasse des Autos wurden erheblich verletzt und mußten in das Krankenhaus gebracht werden.

Älterer Mann vergeht sich an einem Kinde

Am Sonntag ist der in einem Hause in der Bornstraße wohnende 59 Jahre alte Banarbeiter Hermann L. festgenommen worden. Der Mann hatte ein im Hause wohnendes neunjähriges Mädchen in den Keller geführt und dort schwer an ihm vergangen.

Schreibergarteneinbrüche

Ein Kleinkind ausgeraubt
Am Sonntag zu Sonntag verhaschten sich Kleinkinder in dem Schrebergarten in der Kretzstraße Einlaß und wurden 12 Hüner, 14 Tauben und 1 Kanarienvogel Diebstahl an Ort und Stelle ab und nahmen außerdem verschiedene Gartengeräte mit.

Es will Winter werden!

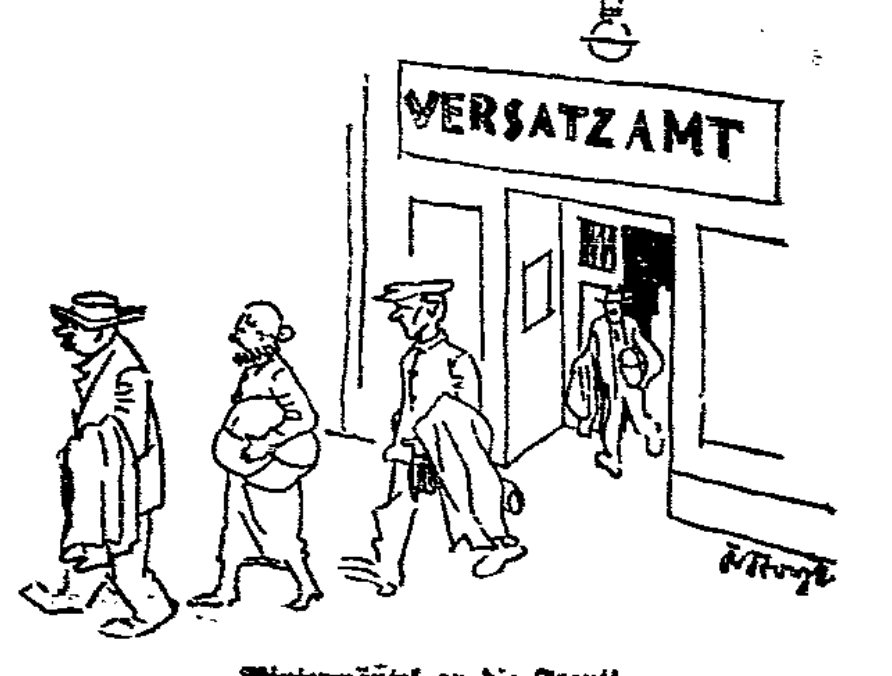
Seine Visitenkarte hat er schon abgegeben und aufgeregt haben wir uns auch schon. Mein Freund Wilhelm konnte sich gar nicht beruhigen. Immer wieder deutete er mit dem Finger aus dem Fenster, wo die ersten Schneeflocken vorbeiwirbelten: „Schneien tuts!“ Das klang wie ein feierlicher Alarmruf und jedesmal, wenn der Wind einen Schneebahnen zum Fenster hereinwehte, verwandelte sich seine Stimme in ein freudiges Indianerheul. Da gab's keinen Zweifel mehr. Das war echter Originalschnee, den es nun in immer dichteren Flocken herunterwürgte. Im Nu sahen wir vor uns weiße Dächer und auf der Straße stapften die Leute bereits Fußspuren, als mein Freund Wilhelm auch schon mit dem Kodelschlitten die Treppe hinunter-sauste. Leider hat er den Schnee nicht mehr erwischt, da er inzwischen sehr rasch sein Aussehen verändert. Der erste Schnee zerfiel nämlich und wir hatten den — ersten Dreck.



Das erste Winterbergnügen.

Schon fallen sich wieder die schwarzgrauen Flocken in verheißungsvoller Klumpen. Binsfaderegen Der Stipartler tippt auf Schnee und schmeißt schon im Geiste beim Telemarschierung und Langitredentaus, während das wahrhaft schide Schneehäsel die Modejournale nach dem neuesten seiden Sport-dreß (gegen bequeme Katen versteht sich) durchsucht. Eislauf-, Eishockey- und Rodelspezialisten, sie alle werden jetzt wieder ihre Sorgen bekommen und ihre Blicke erwartungsvoll gegen den Himmel richten, obs nun nicht bald losgeht, denn es will Winter werden.

Bei manchen ist es schon losgegangen. Man spricht bereits von den ersten „Winterfreuden“. Da sieht die Frau Knast vom Rückgebäude ein Schreiben aus dem Briefkasten — Kohlenfirma Knorke & Sohn.



Wintermädel an die Front!

„Was soll denn das“ brummt Frau Knast. Und so steht sie: „Es wird nun endlich Zeit, daß Sie den Restbetrag für die im vorigen Jahre gelieferten Winterkohlen bezahlen. Sollten Sie nicht binnen drei Tagen — usw.“ Frau Knast nimmt den Scheck und legt ihn — zu den anderen. „Sundsatt!“ schimpft sie, „ausgerechnet jetzt, wo der Winter und Weihnachten vor der Tür steht, kommen Sie nacheinander an-gewadelt, wo man so sehr nit hat — da Mann, zahl du!“ Papa Knast, der schon seit einer Woche nach einer neuen Lieferfirma sucht, kann keine finden und macht daher ein mieses Gesicht.

„Zahlen? Mit was denn? Ich wäre froh, wenn ich wüßte, wer uns in diesem Jahre die Winterkohlen liefert — ich kann doch nicht schon wieder dem Nachbarn seine Ratten vom Boden raustreiben, wenns kälter wird!“ — „Zahlen!“ Der ein-marschierende Winter kostet Geld. Die Firmen mahnen. Die Post bringt Zahlungsbefehle. Alle Schulden sollen geillt — neue gemacht werden. Papa Knast wird maßlos mit der Holz-hede hinuntergehen und den Briefkasten zusammenhauen, „wenn der Gaudi nicht bald aufhört“, wie er sagt.

Der Winter naht. Oben in der Dachkammer sitzt der einsame Junggeselle und spielt Mundharmonika. Was soll man auch machen, wenn es keine Arbeit gibt, wenn in den Zeitungen hohe Belohnungen ausgeschrieben sind für denjenigen, der Arbeit verschaffen kann, und wenn Kauttionen verlangt werden für Klopfen den Speichel aus der Mundharmonika und bohrt mit einem Posten, die nur in der Phantasie des Intericierenden existieren. Er Streichholz nach verbogenen Stimmlättchen. Der schneidig kein wollende Parabemarsch klingt wie quiettschende Grabmusik. Der Hobel schepert wie sein Kopf, der mit sorgenvollen Gedanken



„So, nen Ofen hätten wir — brauchen wir nur noch an die teuren Kohlen denken, die uns noch fehlen, dann wird's uns schon warm!“

vollgeproppst ist. Draußen wird es kälter und der Winter-mantel hängt noch im Pfandhaus. Er muß den Ein-lösungstermin vertreiben lassen, weil sämtliche Lumpenqualen erschöpft sind. Wer wird ihn steigern? Ein Händler, der das lauer erworbene Stück um ein paar lumpyge Mark einjadt? — Es klopft. Vor ihm steht mit hochgetrempelem Vermeßeln und zerrauttem Haar die Vermieterin. „Ja, was is denn krieg ich denn kein Geld? Wenn Sie Ihr Zimmer nicht mehr bezahlen können, dann machen Sie, daß Sie raus-kommen! Was glauben denn Sie Sie meinen gewiß, ich lasse mich von Ihnen an der Nase herumführen? Mein Mann ist auch arbeitslos — und ich brauche mein Geld, daß Sie's wissen!“ Ein Keil treibt den andern. Knallen — für wieder ins Schloß. Die Mundharmonika ist verstummt und neue Winter-gedanken beschäftigen den Mann in der Kammer.

Schreibende Plakate in den Schaufenstern verkünden den „Preis ab h an“ in der Winterjajon. „Können Sie das ver-antworten, wenn Sie jetzt nicht bei mir kaufen?“ malt da ein Geschäftsmann in großen Buchstaben an die Leinwand. „Jetzt ist es Zeit!“ pinxelt ein anderer, „warten Sie nicht länger! Den billigen Pelzmantel, den Sie brauchen, erhalten Sie nur bei mir!“ Aber den Vogel schießt eine bürgerliche Zeitung ab. Sie läßt durch ihren winterlichen Modeplauderer schreiben, daß jetzt die wahrhaft elegante Dame für den Winter drei Pelzmäntel besitzen muß. Einen für den Vor-mittag, einen für den Nachmittag und einen für den Abend. Sie empfiehlt Perfaner, da er unerwünscht ist. Auch soll Breit-schwanzjohlen nicht so übel sein. Jedenfalls sei die Pelzfrage eine Angelegenheit des guten Geschmacks und nicht zuletzt auch der Tüchtigkeit einer Frau. Also, Ihr Proletenfrauen, nun seid einmal recht „tüchtig“! Drei Pelzmäntel! Da kann uns die größte Kälte nichts mehr anhaben.

Störungsfreier Rundfunk

Rundfunkstörungen und ihre Beseitigung
Die Schlesische Rundfunkstelle hat die Presse für Sonntag vormittag zu einem Vortrage mit Vorführungen über Rundfunkempfangsstörungen und ihre Beseitigung eingeladen. Telegr.-Oberinspektor Steiner legte in kurzen, klaren Worten dar, wie man den in der letzten Zeit außerordentlich zahlreich gewordenen Störungen zu Leibe gehen kann. Eine große Zahl führender Firmen der Elektro-Industrie haben besondere Kundenfaktoren, Drosseln und andere einfach zu handhabende Apparate konstruiert, die teilweise ganz verblüffende Resultate zeitigten. Herr Steiner, von Herrn Exler mit Lichtbildern wirksam unterstützt, wies auf die besonders schwere Arbeit der Störungsjucher hin und führte dabei eine Schallplatte vor, auf der fast sämtliche Störgeräusche mit entsprechenden Erklärungen aufgenommen sind (Ultrapophon) und empfahl jedem der auch eingeladenen Funkhändler, dieselbe anzuschaffen. Die Besitzer von Empfangsgeräten wenden sich erfahrungsgemäß stets an den Händler, von dem sie den Apparat gekauft haben, und durch Vorführung der Platte kann man sofort an den Geräuschen die Art des Störers feststellen, was eine außerordentliche Erleichterung bedeutet. Durch Lichtbilder wurde außerdem gezeigt, wie man die Störungsgeräte anwendet; dies ist in den meisten Fällen so einfach, daß man ohne große Fachkenntnis selbst dazu imstande ist.

Den Schluß dieser außerordentlich interessanten zwei Stunden bildeten praktische Vorführungen, wobei an einem aufgestellten, die Breslauer Darbietungen wiedergebenden Empfänger und an Hand von Ton, Hochfrequenz-Verstärkungs-apparat und Kaskadkombination durch Einschaltung der Stör-Apparate die oft verblüffende Wirkung derselben demonstriert wurde. Wir raten der Rundfunkstelle, den Vortrag nach Lichtbildern und praktischen Vorführungen in einer größeren öffentlichen Veranstaltung zu wiederholen. Bestimmt würde man dadurch viel Aufklärung bieten und den Besitzern aller Art Empfangsanlagen viel Ärger ersparen. Der Besitzer von Apparaten mit Rundempfang rufen wir aber zu dieser Stelle, recht vorzüglich mit Ihren Geräten umzu-

gehen, doch diese Art Störer streng vorgegangen wird. Die nötigen Fachkenntnisse kann sich jeder im Arbeiter-Radiobund holen, der seine Mitglieder durch praktische Arbeit, Vorträge und Kurse zum richtigen und erst dann zum genügenden Rundfunk-hören erzieht.

Zuschendiebe arbeiten

Einer Frau aus Frankenstein wurde am Sonnabend in einem Breslauer Warenhaufe das Portemonnaie mit 50 Mark geklaut, die sie zum Weihnachtseinkauf verwenden wollte. — Am gleichen Tage hatte auch eine Frau aus Obergriß in einem Geschäftsfatal in der Schmiedebrücke das gleiche Pech, wo ihr unbekannt das Portemonnaie mit 40 Mark aus der Handtasche gefingert wurde.

Sie leben und hören

am Mittwoch, den 17. Dezember 1930, ebends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses ein lustiges Weib-schachspiel bei der Winterfeier der Jugend, betitelt „Anspruch zum Feste“.

**Wo man in Breslau
Weihnachtsgeschenke
Bilder und Rahmen kauft**
zeigen meine
26 Schaufenster und Schaukästen
Bruno Wenzel
Albrechtstraße 11
Fachmännische Beratung durch meine Kunsthandler

Der Lohnkonflikt im ober-schlesischen Bergbau

50 000 Bergarbeiter gekündigt

In der von mehreren hundert Funktionären besuchten Funktionärskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter gab nach einem Referat des Hauptvorstandsmitgliedes Borgschulze-Bachum über die Verhandlungen in der Knappschicht der Bezirksleiter des ober-schlesischen Verbandes, Kossahl, einen eingehenden Situationsbericht über den Lohnkonflikt im ober-schlesischen Bergbau.

Der Arbeitgeber-Verband hatte den Lohnarif zum 31. Oktober 1930 gekündigt. Die Verhandlungen über einen Neuaufschlag fanden bekanntlich im September statt. Eine Einigung zwischen den Parteien war nicht möglich.

Zu der darauffolgenden Schlichtungsverhandlung wurde ein Schiedsgericht gebildet.

Der vorjah, daß der Lohnarif für den Steinkohlenbergbau unverändert bis zum 31. Januar 1931 bestehen bleiben sollte. Die Löhne für den Erzbergbau sollten außer den jugendlichen und weiblichen Arbeitern eine Kürzung von 4 Prozent erfahren.

Von Arbeitgeberseite wurde der Schiedspruch für den Steinkohlenbergbau abgelehnt, dagegen der für den Erzbergbau angenommen. Die Arbeitnehmer konnten einstimmig den Schiedspruch für den Erzbergbau ab, stimmten aber der Regelung für den Steinkohlenbergbau zu. Beide Vertragskontrahenten teilten dem Reichsarbeitsministerium ihre Beschlüsse mit.

Am 28. September wurden die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium geführt. Auch hier konnte eine Einigung über den gefällten Schiedspruch nicht erreicht werden. Selbst die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mußten zugestehen, daß die Löhne im ober-schlesischen Bergbau so niedrig bemessen sind, daß eine Kürzung kaum möglich sei. Die Arbeitgebervertreter machten darauf die Zugabe, daß sie sich bei ihren Mitglieðern dafür einsetzen würden, daß Löhne bis 3,75 Mark pro Schicht nicht gekürzt werden. Soweit sie aber über 3,75 Mark hinausgehen, sollte eine vierprozentige Kürzung eintreten. Nach längerer Zeit wurde vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, daß

die Betriebsablichtungsarbeiten beider Schiedsprüche abgelehnt werde, weil die Arbeitgeber die Versicherung abgeben hätten, die bisher geltenden Löhne bis 31. Dezember 1930 weiter zu zahlen.

Inzwischen haben die Arbeitgeber auch den bestehenden Tarifarif und das Mehrarbeitsabkommen zum 31. Dezember 1930 gekündigt.

so daß für die ober-schlesischen Bergarbeiter ab 1. Januar 1931 ein tarifloser Zustand eintritt. Am Mittwoch, den 18. Dezember fanden

Die ersten Parteiverhandlungen

statt. Die Gewerkschaften verlangten eine Lohnaufbesserung von 70 Pfennig pro Schicht mit der Begründung, dieser Betrag sei notwendig, um die Erträge der ohnehin am stärksten entlasteten ober-schlesischen Bergarbeiter höher zu stellen. Die Arbeitgeber verlangten zunächst eine generelle Lohnsenkung von 12 Prozent und außerdem den Abbau der fünfprozentigen Nachzulage für diejenigen Bergleute, die mehr als vier Wochen hintereinander unter Tage bei Nacht gearbeitet hätten. Außerdem wurde gefordert, daß bisherige günstigere Löhne und Arbeitsbedingungen nicht mehr gewährt werden dürfen. Eine Reihe weiterer Forderungen

sollten die bestehenden Löhne und Arbeitsbedingungen verschlechtern.

In der Arbeitszeitfrage ist von den Gewerkschaften gefordert worden, daß die Arbeitszeit für Arbeiter unter Tage auf sieben, und für die Ubertagearbeiter auf acht Stunden festgesetzt werde. Die Arbeitgeber lehnten auch diese Forderung ab mit dem Gegenantrag, daß unter Tage eine Arbeitszeit von acht Stunden zu gelten habe, für die Ubertagearbeiter dagegen die Arbeitszeitregelung dem Ermessen des einzelnen Arbeitgebers überlassen bleiben müsse. Sie gingen in ihren Forderungen sogar noch weiter. Während nämlich in allen Bergbaubezirken Deutschlands, auch in Oberschlesien, eine Schichtlohnbezahlung erfolgt, verlangen nun die ober-schlesischen Arbeitgeber, daß künftig bei den Ubertagearbeitern die Schichtlohnzahlung fortfallen und die Bezahlung nach Stundenlöhnen eintreten sollte.

Wenn man die Forderungen der Arbeitgeber zusammenfaßt, dann ergibt sich für einzelne Lohngruppen eine Kürzung von 25 Prozent der bisherigen Bezüge.

Selbstverständlich mußten die Gewerkschaften das Ansuchen der Arbeitgeber ablehnen. Von den Unternehmern wurde erklärt, daß die Selbstkosten unter allen Umständen verringert werden müßten, nachdem eine sechsprozentige Senkung der ober-schlesischen Kohlenpreise eingetreten ist, anderenfalls die Existenz der Betriebe gefährdet sei.

Da aber zu erwarten ist, daß die Tarifverhandlungen nicht so bald zum Abschluß kämen, werden die Arbeitgeber den gesamten Belegschaften am 15. Dezember zum 31. Dezember kündigen.

Damit solle nicht gefagt sein, daß kein Bergarbeiter nach dem 31. Dezember arbeiten dürfte. Es werde vielmehr auf allen Anlagen ein Ausschlag angebracht werden, wonach die Arbeiter auch nach dem 31. Dezember ihre Arbeit weiter führen können, sofern sie natürlich die Zustimmung geben, zu den neuen Bedingungen des Arbeitgeber-Verbandes arbeiten zu wollen. Damit wurde den Arbeitern die vollkommene Schutz- und Rechtlosigkeit angeündigt.

Die Arbeitgeber haben zum Kampfe herausgefordert.

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter richtet an seine Mitglieder und an alle Bergarbeiter zunächst die Forderung, keinen Einflüsterungen weder von rechts noch von links zu folgen. In den kommenden Tagen wird das Vorgehen des Verbandes allen Bergarbeitern bekanntgegeben werden. Vorläufig gilt es, Ruhe zu wahren und den Forderungen der Gewerkschaften unbedingt Folge zu leisten. Haben die Gewerkschaften eine geschlossene Masse hinter sich, dann kann es nicht zweifelhaft sein, daß der Ausgang dieses Konfliktes im Interesse der Bergarbeiter liegen wird.

Die am Sonntag in Hagenau versammelten Funktionäre des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes billigten einstimmig die bisherige Arbeit der Bezirksleitung, der sie weitgehende Unterstützung für die kommenden Kampfwochen zusagten.

Die Sanierungskomitees haben gegen den Schiedspruch für das Bauernwerk eine geschlossene Abwehrfront gebildet. Dem Beschluß des Allgemeinen Verbandes der Sanierungskomitees, eine Urabstimmung über den Spruch vorzunehmen, sind sämtliche am Tarifvertrag beteiligte Angestelltenorganisationen beigetreten. Zunächst kommen am kommenden Mittwoch die Angestellten der Berliner Großbanken ab.

der Streitfragen soll Mitte Januar verhandelt werden. Der Schlichter seine Besichtigungsreise durch beendet hat.

Das Ganze nennt man einen Schiedspruch auf

Wenzelslaus-Grube

Der Antrag der Sozialdemokratie im Preussischen über die geplante Stilllegung der Wenzelslaus-Grube, in Weiterführung des Grubenbetriebes mit Hilfe von Staat verlangt wird, ist in der Montagsstiftung dem Aushandel und Gewerbe überwiesen worden. Die Sozialdemokratie wird darauf drängen, daß es dort noch in dieser Woche, Weihnachtspause, zur Beratung kommt.

Für einen Zentner Roggen nur 62 Pfund Brot

Der Deutsche Landarbeiterverband schickte kürzlich anderem in seinem Verbandsorgan „Der Landarbeiter“ die Bestimmung des neuen Brotpreises Roggenbrot nur von 60 Prozent ausgemahlenem Roggen hergestellt werden darf, für die Landarbeiter auswirkt. Die Auswirkungen sind beträchtliche. So wird festgestellt, Bezirk Halle die Landarbeiter vor Schaffung des Brots beim Bäcker für einen Zentner Roggen 1 1/2 Brote zu je gleich insgesamt 91 Pfund Brot erhielten. Heute erhebt nur 10,2 Brote zu je 8 Pfund gleich insgesamt 82 Pfund.

Das ist, wie sich jetzt herausstellt, sehr günstig. In Pommern und Mecklenburg müssen die Landarbeiter größere Nachteile in Kauf nehmen. Die Bäckerinnung Anklam, Demmin, Friedland i. M., Güstrow, Greifswald, Wolgast beispielsweise geben öffentlich bekannt, daß sie gezwungen sehen, für einen Zentner Roggen 62 Pfund geben. Das sind fast 20 Pfund weniger, als der Deutsche Landarbeiterverband für den Bezirk Halle errechnet hat.

Der Landarbeiter ist heute verpflichtet, weit mehr zuzahlen zu müssen als bisher. Entsprechend höhere Erträge hat er aber nicht. Unter diesen Umständen muß von einer Lohnabgabe gesprochen werden, den das neue Brotpreis den Landarbeitern verursacht hat. Es ist ein stiller Lohnraub in so beträchtlichem Umfange, daß er bei den Lohn Tarifierverhandlungen in der Landwirtschaft unmöglich zu bleiben darf.

Vorsicherung über den Umfang des Wintergetreide-Anbaus

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, Anordnung des Preussischen Landwirtschaftsministers das Statistische Landesamt eine Vorsicherung des Umfangs Wintergetreide-Anbaues, besonders des Winterroggens, im Stande von Anfang Dezember 1930 vorgenommen. Die Vorsicherung auch noch nicht ein endgültiges Ergebnis, so kann sie doch als ein Anhaltspunkt bei der Beurteilung des Umfangs des Anbaues von Wintergetreide im laufenden Wirtschaftsjahr gewertet werden. Nach dem Ergebnisse der Statistik gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres der Winterroggen um 10,2 Prozent zurückgegangen, der Winterweizen dagegen um 6,6 Prozent und der Wintergerste um 1,8 Prozent gestiegen.

10 Prozent Dividende im Düsseldorf Waggonbau

Die Düsseldorf Waggonfabrik Schüttel aus gesteigerten Gewinnen abermals eine Dividende von 10 Prozent aus. Der Bruttoumsatz hat sich von 3,07 auf 3,11 Millionen Mark erhöht. Im Rahmen der vor kurzem erfolgten Rationalisierung in der Waggonindustrie fiel Schüttel an genannten Waggonkonzernen (Vintz-Schumann-Eulich), folgenden Stilllegungen in Köln und Düsseldorf dürften dort A. G. Aufträge zugeführt haben. Außerdem berichtet dort über gestiegene Exportaufträge, die durchweg gemessen waren.

Du bist Gewerkschafter Bist du auch Genossenschaftler

Die Gründung der Eisenwerke A.G. in Waldenburg. Das Unternehmen einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark ausgestattet. Die Produktion nach französischer Methode hergestellt. Die Jahresproduktion wurde auf 16 000 Tonne angesetzt. In sich bedeutet die Gründung eines Eisenwerks in Niederschlesien weitere Vergrößerung der deutschen Stahlfabrikationskapazität, die schon im Jahr nach der Gründung der Waldenburger Eisenwerke die Einigung der deutschen Eisenwerke und im Zusammenhang damit tratet die Eisenwerke A.G. Waldenburg dem Stahlfabrikationskapazität bei. Es mag sein, daß man dadurch die Kapazität ausbauen konnte, wie das geplant war. Aber wenn das Fall sein sollte, gibt das keine Erklärung für die Entwicklung bei der Stahlfabrikation A.G. Waldenburg. Denn nicht nur in der Stellung des Waldenburger Eisenwerks als Kapitalgesellschaft zu suchen sein und zu getrennter Zerstückelung des Stahlfabrikationskonzerns der Grenzgebung, ähnlich wie der Eisenwerke A.G. Waldenburg eine Reorganisation nötig gehabt hätte, nicht erfolgt ist.

Im Zusammenhang mit den Zahlungsproblemen Waldenburg wird von einer bestimmten Forderung, die der Staat nicht, gefordert, daß das Reich zurfalls für die Eisenwerke übernimmt. Das kann nach Lage der Dinge in Frage kommen. Fragen hier, das Reich Waldenburg bereits genug Karger gehabt. Sie haben keine Forderungen für die Eisenwerke der Stahlfabrikation Waldenburg. Auch werden wir auf die letzten Kundgebungen der Industrieverbände, die sich stark gegen die mentioned ausgesprochen haben.

Die Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe

Die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Lohnarif für das Buchdruckgewerbe, die am Montag in Berlin begannen, haben bisher einen wenig erhellenden Verlauf genommen. Die Unternehmer hatten den Lohnarif gekündigt, um die Löhne abzubauen. Sie verlangen nicht weniger als eine Tarifsenkung um 14,5 Prozent. Was bedeutet das? Die tariflichen Wochenlöhne sind nach vier Alters- und 11 Ortsklassen von 2,76 Mark bis 58,50 Mark gestiegen, und zu diesen Löhnen steht der Wochenlohn der Hilfsarbeiter in einem bestimmten Prozentsatzenverhältnis. Nach der Forderung der Unternehmer soll der tarifliche Spitzenlohn von 58,50 auf 50 Mark herabgesetzt werden.

Die Gewerkschaften verlangen die Verlängerung der Geltungsdauer der bisherigen Tariflöhne. Darüber hinaus fordern sie eine vorübergehende Verstärkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 49 Stunden auf fünf Tage zu verteilen — zum Zweck der Wiedereinstellung arbeitsloser Gehilfen und Hilfsarbeiter. Der sich daraus ergebende Lohnausfall — so heißt es in der Forderung der Gewerkschaften — ist unter besonderer Berücksichtigung der Kinderrenten von Unternehmern und Arbeitern zu tragen.

Trotz dieses aus der früheren Arbeitslosigkeit zu erklärenden beträchtlichen Opferangebots der Gewerkschaften blieben die Unternehmervertreter in den Parteiverhandlungen bei ihrem harten Nein. Wie im Frühjahr bei den Rundernttarifverhandlungen so erklären sie auch jetzt wieder, sie wollten sich auf Arbeitszeitverlängerungsdebatten nicht einlassen, da die Verlängerung der Arbeitszeit in den bestehenden Rundernttarifvertrag eingreife. Sie haben also einen unangenehmsten Weg eingeschlagen, um zum Zwecke der Wiedereinstellung arbeitsloser Gehilfen und Hilfsarbeiter zu kommen.

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, als die Unternehmer kein Gegenangebot gaben, daß auch nicht in Verhandlungen über Lohnabbau eingetreten werden könne, wenn die Unternehmer dabei blieben, über Arbeitszeitverlängerung nicht nachdenken zu wollen. Nach dieser Erklärung des Komplexes wurden die Verhandlungen zunächst abgebrochen. Am Dienstag wurden sie unter Führung des Zentralausschusses wieder fortgesetzt. Die drei Hauptforderungen des Zentralausschusses sind: 1. Fortsetzung der geltenden Tariflöhne, 2. Fortsetzung der geltenden Tariflöhne, 3. Fortsetzung der geltenden Tariflöhne.

Die erste Forderung lautet: Die Tariflöhne sollen unverändert bis zum 31. Januar 1931 bestehen bleiben. Die zweite Forderung lautet: Die Tariflöhne sollen für den Erzbergbau außer den jugendlichen und weiblichen Arbeitern eine Kürzung von 4 Prozent erfahren. Die dritte Forderung lautet: Die Tariflöhne sollen für den Erzbergbau außer den jugendlichen und weiblichen Arbeitern eine Kürzung von 4 Prozent erfahren.

geschlossenen und ausdrucksfähigen Klangkörper zu schaffen. Den Musikern lohnte reichlicher Beifall. Bezirksleiter Blume-Vogel dankte am Schluß der Darbietungen dem Orchester für seine guten Leistungen.

Am den Reichsbahn-Schiedspruch

Die am Montag im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen über den Reichsbahn-Schiedspruch, der am letzten Freitag gefaßt wurde, brachte keine Einigung der Parteien. Der erste Teil des Schiedspruchs, der die zeitlichen Tarifvertragsbestimmungen noch einmal unangetändert bis zum 15. Januar in Kraft setzt, wurde bereits für verbindlich erklärt. Die Erklärungsfrist für den zweiten Teil, der die achtstündige Arbeitszeit ab 16. Januar für eine Anzahl Dienstposten (in der Hauptsache für Eisenbahnbetriebsposten, Fahrplanverteilung und ähnliche Dienstposten) festsetzt, läuft bis zum 18. Dezember. Ueber den Rest

Die Pleß'schen Stickstoffwerke festgefahre

Neue große Gefahr für das Waldenburger Revier

In niederschlesischen Industrieregion sind die Stickstoffwerke A.G. Waldenburg in Zahlungsunfähigkeit geraten. In die Pleite ist der Name der Fürstlich Pleß'schen Verwaltung verwickelt, ein Name, der der letzten Vergangenheit seit jeder so geläufig ist, wie kein anderer im Reich. Die Schulden bei der Stickstoffwerke A.G. Waldenburg belaufen sich auf 30 Millionen Mark zusammen. Diese Summe ist ein beträchtliches Hindernis gegenüber. In sich wäre der Konzern des Fürsten Pleß fast genug die Existenzbedingung bei der Waldenburger Tochtergesellschaft zu werden. Die in Betracht kommenden Objekte sind gegenwärtig — und dieses gegenwärtig kann nach Lage der Dinge noch lange dauern — aber nicht zu realisieren und nicht zu verkaufen. Es ist also eine Pleite der festgefahrener Mittel, ähnlich wie bei der Eisenwerke-Konzern nach der Stabilisierung erlebte.

Die Fürstlich Pleß'sche Verwaltung, schon vor dem Krieg einer der größten deutschen Konzerne, hat ihre Basis in Ober- und Niederschlesien. In den Industrieregionen (Görlitz) in Ober- und Niederschlesien kommen eigene Industrieanlagen und die Verwaltung des schlesischen Industriekonzerns im industriellen Sinne. Die Leitung Oberschlesien nach dem Weltkrieg wurde dem Konzern in einem bestimmten und einem politischen Teil. Das ist dem Konzern schon nicht gut bekommen. In den letzten Jahren haben sich auch Schwierigkeiten bei den politischen Unternehmungen eingestellt zu haben. So hat man nun rigorosen Stenerbeitreibungen durch die polnische Regierung. Das Sorgenkind des bei Pleß'schen Industriekonzerns in Waldenburg. Sie sollten die Sorgen und Schwierigkeiten des Waldenburger Industriekonzerns. Die Pleß'sche Verwaltung hat eine große Aufgabe, die zum Teil mit politischen Umständen verknüpft werden sollte, konnten nicht durchgeführt werden.

eigenen Weg. Dazu gehört die Gründung der Eisenwerke A.G. in Waldenburg. Das Unternehmen einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark ausgestattet. Die Produktion nach französischer Methode hergestellt. Die Jahresproduktion wurde auf 16 000 Tonne angesetzt. In sich bedeutet die Gründung eines Eisenwerks in Niederschlesien weitere Vergrößerung der deutschen Stahlfabrikationskapazität, die schon im Jahr nach der Gründung der Waldenburger Eisenwerke die Einigung der deutschen Eisenwerke und im Zusammenhang damit tratet die Eisenwerke A.G. Waldenburg dem Stahlfabrikationskapazität bei. Es mag sein, daß man dadurch die Kapazität ausbauen konnte, wie das geplant war. Aber wenn das Fall sein sollte, gibt das keine Erklärung für die Entwicklung bei der Stahlfabrikation A.G. Waldenburg. Denn nicht nur in der Stellung des Waldenburger Eisenwerks als Kapitalgesellschaft zu suchen sein und zu getrennter Zerstückelung des Stahlfabrikationskonzerns der Grenzgebung, ähnlich wie der Eisenwerke A.G. Waldenburg eine Reorganisation nötig gehabt hätte, nicht erfolgt ist.

Im Zusammenhang mit den Zahlungsproblemen Waldenburg wird von einer bestimmten Forderung, die der Staat nicht, gefordert, daß das Reich zurfalls für die Eisenwerke übernimmt. Das kann nach Lage der Dinge in Frage kommen. Fragen hier, das Reich Waldenburg bereits genug Karger gehabt. Sie haben keine Forderungen für die Eisenwerke der Stahlfabrikation Waldenburg. Auch werden wir auf die letzten Kundgebungen der Industrieverbände, die sich stark gegen die mentioned ausgesprochen haben.